

UNGARN

Handys nach Plan

Premier Viktor Orbán setzt seinen nationalistischen Wirtschaftskurs fort: Seine Regierung will nun einen neuen Mobilfunkkonzern gründen. Das zu 100 Prozent staatliche Unternehmen soll den von internationalen Anbietern dominierten Markt erobern. In Ungarn gibt es schon jetzt mehr Handys als Einwohner. Vertreter privater Konkurrenten geißeln den Schritt als Rückkehr zur Planwirtschaft. Sie fürchten, dass der Staatsbetrieb Billigangebote auf den Markt werfen wird – subventioniert mit Steuergeldern. Rentabel könne das Unternehmen nur dann sein, so die Kritiker, wenn die Regierung sämtliche Behörden und Mitarbeiter dazu verpflichte, die Staats-Handys zu nutzen. Auch könnte

Budapest in Zukunft dem eigenen Unternehmen bevorzugt Funkfrequenzen zuteilen. Solche Vorteile dürften den EU-Wettbewerbskommissar auf den Plan rufen. Orbáns Verhältnis zu Brüssel ist ohnehin gestört. Die EU hat Ungarn wegen eines neuen Mediengesetzes kritisiert und zuletzt sogar vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt, weil eine Justizreform die Unabhängigkeit der Richter gefährdet.



Orbán

BARNIA BURGER / PICTURE ALLIANCE / DPA

IRLAND

Comeback der Neinsager

Alle etablierten Parteien fordern die Bürger auf, beim Referendum über den Fiskalpakt am 31. Mai mit Ja zu stimmen. Nur einer nicht: Gerry Adams, Chef der ultranationalistischen Partei Sinn Féin, macht sich mit rasant wachsendem Erfolg zum Sprecher jener, die frustriert sind von Sozialkürzungen und Steuererhöhungen. Die Nein-Kampagne hat den potentiellen Stimmenanteil der Partei seit der vorigen Wahl 2011 mehr als verdoppelt. Sinn Féin – der politische Flügel der früheren Terrororganisation IRA – käme jetzt auf 21 Prozent und wäre damit zweitstärkste Kraft im Parlament. „Eine langsame Revolution“ sei das, behauptet Adams. Sollten die Iren den Fiskalpakt ablehnen, hätte dies, anders als bei früheren Volksbefragungen zu EU-Verträgen, keine Konsequenz für den Rest Europas. Das Vertragswerk tritt in Kraft, sobald es von 12 der 17 Euro-Staaten ratifiziert wird. Bei einem Nein verlöre Irland jedoch den Zugang zum Euro-Rettungsschirm ESM. Falls sich die Insel, wie viele Ökonomen erwarten, neue Nothilfen besorgen müsste, könnte sie das dann nur zu schlechteren Konditionen tun, zum Beispiel beim Internationalen Währungsfonds IWF.

ISRAEL

„Keine Liebesheirat“



Roni Bar-On, 64, Abgeordneter der liberalen Kadima, erklärt, warum seine Partei Neuwahlen abgewendet hat.

AMIT SHABI / LAF

SPIEGEL: Ihr Parteichef Schaul Mofas hat mit Premierminister Benjamin Netanjahu eine Einheitsregierung ausgehandelt, nur Stunden vor der Verkündung von Neuwahlen – zu Ihrer Überraschung?

Bar-On: Wenn Sie sich unsere Umfrageergebnisse anschauen, dann sehen Sie, dass Kadima keine leuchtende Zukunft be-

vorgestanden hätte. Natürlich ist das keine Liebesheirat. Aber unsere Optionen waren begrenzt. Insofern hat mich das nicht überrascht.

SPIEGEL: Mofas will Zeit gewinnen?

Bar-On: Ja. Und wenn wir es bis Ende Juli schaffen, die Wehrpflicht für Ultraorthodoxe einzuführen ...

SPIEGEL: ... was von den religiösen Parteien strikt abgelehnt wird ...

Bar-On: ... dann wäre das ein Riesenerfolg für Kadima. Dann sind wir der große Gewinner. Wenn das nicht möglich ist, müssen wir Ende Juli die Koalition wieder verlassen.

SPIEGEL: Kadima könnte wieder im rechten Likud aufgehen.

Bar-On: Das ist eine Möglichkeit. Andererseits war ich 35 Jahre da, ich will nicht dorthin zurück. Ich glaube an die Idee einer Partei für die Mitte.

SPIEGEL: Warum wollte Netanjahu die Koalition?

Bar-On: Er hat vor einigen Tagen bei einer Likud-Versammlung gemerkt, dass sein Wahlsieg nicht garantiert ist. Die Parteirechten dort haben ihn sehr frostig empfangen. Das war der Moment, in dem seine Entscheidung fiel. Ansonsten hätte er keine Sekunde mit Mofas verschwendet. Auch er will Zeit gewinnen.

SPIEGEL: Deutet eine Einheitsregierung auf eine militärische Auseinandersetzung mit Iran hin?

Bar-On: An diesen Spekulationen beteilige ich mich nicht. Aber sagen wir es so: Ich selbst würde in dieser Situation Einfluss auf den Entscheidungsprozess nehmen wollen.



Protestierende Ultraorthodoxe in Jerusalem

AMIT SHABI / LAF



FELIPE DANA / AP

ZAHLE DER WOCHE

86,7 Prozent

mehr Einwanderer als im Jahr 2000 meldet Brasilien. Die meisten der insgesamt gut 286 000 Neuankömmlinge sind vor der Wirtschaftskrise aus den USA, Japan oder Europa in das boomende Land geflüchtet.